



# Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

## Teil I – Gesetze

**23. Jahrgang**

**Potsdam, den 19. Dezember 2012**

**Nummer 42**

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014**

**(Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014)**

**Vom 18. Dezember 2012**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### § 1

##### **Feststellung des Haushaltsplanes**

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird in Einnahmen und Ausgaben festgestellt auf:

1. 10 658 354 700 Euro für das Haushaltsjahr 2013,
2. 10 225 638 000 Euro für das Haushaltsjahr 2014.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgestellt auf:

1. 1 986 775 700 Euro für das Haushaltsjahr 2013,
2. 1 346 927 800 Euro für das Haushaltsjahr 2014.

#### § 2

##### **Kreditermächtigungen**

(1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben im Haushaltsjahr 2013 Kredite aufzunehmen bis zur Höhe von 330 040 000 Euro. Die Inanspruchnahme der Kreditaufnahme ist in Höhe von 130 040 000 Euro nur zulässig zur Deckung von Zuweisungen an die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH.

(2) Der Kreditermächtigung nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus den Finanzierungsübersichten ergibt. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Aufbau von Eigenbeständen Kredite bis zur Höhe von 500 000 000 Euro aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung nach Satz 2 sind die Beträge anzurechnen, die aufgrund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen worden sind oder sich bereits im Eigenbestand befinden.

(3) Über die Kreditermächtigung nach Absatz 1 hinaus darf das Ministerium der Finanzen zur Vorfinanzierung von Ausgaben, die aus den Fonds der Europäischen Union nachträglich erstattet werden, Kredite bis zur Höhe von insgesamt 200 000 000 Euro aufnehmen. Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind mit den Erstattungen aus den Fonds zu tilgen.

(4) Im Rahmen der Kreditfinanzierung kann das Ministerium der Finanzen auch ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, der Erzielung günstigerer Konditionen und ähnlichen Zwecken bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen. Der Umfang derartiger Vereinbarungen darf keine Nettoforderungen aus diesen Vereinbarungen begründen, die höher als 100 000 000 Euro im jeweiligen Haushaltsjahr sind. Auf diese Grenze werden Verträge nicht angerechnet, für die ein Besicherungsvertrag nach Absatz 7 besteht. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Darlehen vorzeitig zu tilgen oder Kredite mit unterjähriger Laufzeit aufzunehmen, soweit dies im Zuge von Zinsanpassungen oder zur Erlangung günstigerer Konditionen notwendig wird. Diese Ermächtigung gilt auch, soweit Geschäfte getätigt werden, deren Einnahmen die Ausgaben für das jeweilige Kreditgeschäft übersteigen. Die Kreditermächtigung nach Absatz 1 erhöht sich in Höhe der nach Satz 4 getilgten Beträge. Diese Ermächtigung gilt auch für die im Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens vorgesehene Kreditaufnahme.

(5) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(6) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 bis zur Höhe von 12 Prozent des in § 1 Satz 1 festgestellten Betrages zuzüglich der nach Absatz 1 noch nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen Kassenverstärkungsmittel aufzunehmen. Soweit diese Kredite zurückgezahlt sind, kann die Ermächtigung wiederholt in Anspruch genommen werden. Zahlungen für Sicherheiten im Sinne von Absatz 7 werden auf die Ermächtigung nicht angerechnet.

(7) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinsten Barmittel zu stellen sowie entgegenzunehmen oder durch Wertpapierhinterlegung zu empfangen oder zu stellen.

### § 3

#### **Bürgschaften und Rückbürgschaften**

(1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 Bürgschaften für Kredite an die Wirtschaft, die freien Berufe sowie die Land- und Forstwirtschaft bis zur Höhe von insgesamt 425 000 000 Euro zu übernehmen.

(2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 Bürgschaften für Kredite zur Förderung des Wohnungsbaus und des Stadumbaus bis zur Höhe von 3 000 000 Euro zu übernehmen.

(3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 Bürgschaften im Falle eines unvorhergesehenen und unabwendbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen im Land Brandenburg, bis zur Höhe von 30 000 000 Euro zu übernehmen. Überschreitet die aufgrund dieser Ermächtigung zu übernehmende Bürgschaft im Einzelfall den Betrag von 5 000 000 Euro, bedarf es der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

(4) Bürgschaften gemäß den Absätzen 1 und 2 dürfen nur für Kredite übernommen werden, deren Rückzahlung durch den Schuldner bei normalem wirtschaftlichem Ablauf innerhalb der für den einzelnen Kredit vereinbarten Zahlungstermine erwartet werden kann.

### § 4

#### **Garantien und sonstige Gewährleistungen**

(1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 im Interesse der Kapitalversorgung kleiner und mittelständischer Unternehmen Garantien bis zur Höhe von 65 000 000 Euro für die Übernahme von Kapitalbeteiligungen zu übernehmen. Diese Garantien können auch als Rückgarantien gegenüber Kreditinstituten übernommen werden.

(2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 Garantien zur Finanzierung von Film- und Fernsehproduktionen sowie Projektentwicklungen im Medienbereich bis zur Höhe von 20 000 000 Euro zu übernehmen.

- (3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, unter Anrechnung auf die Ermächtigungen gemäß den Absätzen 1 und 2 Garantien zur Finanzierung von Produktionen, Projektentwicklungen und Existenzgründungen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft zu übernehmen.
- (4) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 zur Absicherung von Risiken, die sich aus dem Betrieb von kerntechnischen Anlagen und dem Umgang mit radioaktiven Stoffen in Forschungseinrichtungen des Landes ergeben, Gewährleistung bis zur Höhe von 10 000 000 Euro zu übernehmen.
- (5) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 zur Deckung des Haftpflichtrisikos von Zuwendungsempfängern des Landes aus der Haftung für Leihgaben im Bereich Kunst und Kultur sowie für wissenschaftliche Forschungsinstitute, die vom Bund und vom Land gemeinsam getragen werden, Garantien bis zum Höchstbetrag von 80 000 000 Euro zu übernehmen.
- (6) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in den Jahren 2013 und 2014 zur Absicherung von Risiken, die sich aus der Tätigkeit der Ethikkommission der Landesärztekammer Brandenburg nach § 7 Absatz 1 des Heilberufsgesetzes ergeben, Gewährleistungen bis zur Höhe von 10 000 000 Euro zu übernehmen.
- (7) Haftungsfreistellungen und Garantien gemäß den Absätzen 1 und 2 dürfen nur unter den in § 3 Absatz 4 genannten Voraussetzungen übernommen werden.

## § 5

### **Grundsätze für neue Steuerungsinstrumente**

- (1) In den Einzelplänen 02 bis 12 werden aus den Personalausgaben je Einzelplan Personalbudgets gebildet. In den Einzelplänen 02 bis 12 sowie im Einzelplan 20 werden aus den sächlichen Verwaltungsausgaben, den Ausgaben für den Erwerb beweglicher Sachen und den Verwaltungseinnahmen je Einzelplan Verwaltungsbudgets gebildet. Werden die Ausgaben des Personalbudgets und des Verwaltungsbudgets beim Jahresabschluss unterschritten, kann der Betrag in Höhe der Unterschreitung anteilig einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklagenbildung erfolgt grundsätzlich in Höhe von 50 Prozent der Unterschreitung. Das Ministerium der Finanzen kann einen höheren Rücklagesatz bestimmen. Die Bestimmung eines geringeren Rücklagesatzes ist nur zur Vermeidung oder Begrenzung eines ansonsten entstehenden Fehlbetrages nach § 25 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung zulässig.
- (2) Das Personalbudget umfasst mit Ausnahme der Gruppen 432 und 453 die Ausgaben der Hauptgruppe 4. Diese sind innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Rücklagen aus dem Vorjahr dürfen zur Verstärkung der Ausgaben verwendet werden; vorgezogene Entnahmen im Vorjahr sind durch Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr auszugleichen. Wird das Personalbudget beim Jahresabschluss über- oder unterschritten, kann der Betrag bis zur Höhe der Über- oder Unterschreitung auf das Personalbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Aus Drittmitteln oder zweckgebundenen Sonderabgaben gedeckte Personalausgaben können vom Personalbudget ausgenommen werden.
- (3) Die Ausgaben der Gruppe 453 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Personalbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Gruppe 453. Die Ausgaben der Gruppe 432 sind über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig.
- (4) Das Verwaltungsbudget umfasst die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Titel 518 25 und der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 und die Einnahmen der Obergruppen 11 bis 13. Die Ausgaben sind innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Verwaltungsbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 518 25. Rücklagen aus Vorjahren dürfen zur Verstärkung der Ausgaben verwendet werden. Wird das Verwaltungsbudget beim Jahresabschluss über- oder unterschritten, kann der Betrag bis zur Höhe der Über- oder Unterschreitung auf das Verwaltungsbudget für den nächsten Haushalt vorgetragen werden. Einzelne Einnahmen und Ausgaben können vom Verwaltungsbudget ausgenommen werden.
- (5) Mehreinnahmen bei den Obergruppen 11 bis 13 können zur Verstärkung der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 im Rahmen des Verwaltungsbudgets verwendet werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird. Minderausgaben beim Personalbudget können zur Verstärkung der Ausgaben des Verwaltungsbudgets im jeweiligen Einzelplan verwendet werden, soweit sich daraus keine Überschreitung des Personalbudgets beim Jahresabschluss ergibt.

- (6) Minderausgaben beim Verwaltungsbudget können zur Verstärkung der Ausgaben bei Kapitel 12 020 Titel 519 61 - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen - und Titel 891 61 - Zuführungen für Investitionen - herangezogen werden.
- (7) Die allein aus Landesmitteln finanzierten und nicht zur Komplementärfinanzierung von Drittmitteln bestimmten Ausgaben der Hauptgruppe 6 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Ebenso sind die allein aus Landesmitteln finanzierten und nicht zur Komplementärfinanzierung von Drittmitteln bestimmten Ausgaben der Obergruppen 83 bis 89 innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.
- (8) Für die Wirtschaftspläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung gelten die vorstehenden Absätze entsprechend, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind.
- (9) Die im Einzelplan 06 veranschlagten Universitäten und Fachhochschulen werden jeweils nur mit ihrem Zuschussbedarf veranschlagt. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Einrichtungen werden in Wirtschaftsplänen veranschlagt, die dem Haushaltsplan als Erläuterungen beigelegt sind. Für die Bewirtschaftung gelten die Absätze 1 bis 6 entsprechend, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind.
- (10) Das Nähere regelt das Ministerium der Finanzen.
- (11) Die Ausgaben des Titels 919 35 sind über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig.

## § 6

### **Neue Steuerungsinstrumente im Bereich des Landtages, Verfassungsgerichts und Landesrechnungshofes**

- (1) Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb der Einzelpläne 01, 13 und 14 die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Titel 518 25 und der Gruppe 529, und der Obergruppe 81. Das jeweilige Verwaltungsbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten des Titels 518 25. Werden die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 beim Jahresabschluss unterschritten, kann der Betrag in Höhe der Unterschreitung einer Rücklage zugeführt werden. Sofern es beim Jahresabschluss zu einer Überschreitung kommt, kann der Betrag in Höhe der Überschreitung in den nächsten Haushalt vorgebracht werden. Rücklagen aus dem Vorjahr dürfen zur Verstärkung der entsprechenden Ausgaben verwendet werden.
- (2) Nicht verausgabte Mittel der Titelgruppe 99 - Kosten für Datenverarbeitung - können bei Unterschreitung der veranschlagten Ausgaben in Höhe der Unterschreitung einer Rücklage zugeführt werden. Auf die Bildung dieser Rücklage ist Absatz 1 nicht anzuwenden. Innerhalb der Titelgruppe 99 dürfen Einnahmen, die der für Datenverarbeitung gebildeten Rücklage entnommen werden, zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden.
- (3) Für die Ausgaben der Hauptgruppe 4, mit Ausnahme der Ausgaben der Gruppe 411 - Aufwendungen für Abgeordnete - im Kapitel 01 010 und der Gruppen 432 und 453, wird innerhalb des jeweiligen Einzelplans ein Personalbudget gebildet. Die Ausgaben sind innerhalb des Personalbudgets gegenseitig deckungsfähig. Rücklagen aus dem Vorjahr dürfen zur Verstärkung der Ausgaben verwendet werden; vorgezogene Entnahmen im Vorjahr sind durch Minderausgaben im laufenden Haushaltsjahr auszugleichen. Wird das Personalbudget beim Jahresabschluss über- oder unterschritten, kann der Betrag bis zur Höhe der Über- oder Unterschreitung auf das Personalbudget für den nächsten Haushalt vorgebracht werden.
- (4) Die Ausgaben der Gruppe 453 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Das jeweilige Personalbudget ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der Gruppe 453. Die Ausgaben der Gruppe 432 sind über alle Einzelpläne gegenseitig deckungsfähig.
- (5) Mehreinnahmen bei den Obergruppen 11 bis 13 können zur Verstärkung der Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, ausgenommen die Ausgaben der Gruppe 529, und der Obergruppe 81 verwendet werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird. Minderausgaben beim Personalbudget können zur Verstärkung der in Satz 1 bezeichneten Ausgaben im jeweiligen Einzelplan verwendet werden, soweit sich daraus keine Überschreitung des Personalbudgets beim Jahresabschluss ergibt.

## § 7

**Besondere Regelungen für den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB)**

- (1) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, nach Bestätigung des Wirtschaftsplans für den Landesbetrieb Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Planstellen und Stellen in den Landesbetrieb umzusetzen, soweit weitere Liegenschaften in die Teilnahme am Vermieter-Mieter-Modell überführt werden.
- (2) Die Ansätze bei den Titeln 518 25 sind bis zum Abschluss der jeweiligen Mietverträge mit dem BLB gesperrt. Von dieser Sperre sind Ausgaben nicht erfasst, die im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Liegenschaften stehen.
- (3) Nicht veranschlagte Ausgaben für Mieten nach dem Vermieter-Mieter-Modell beim Titel 518 25 stellen keine Mehrausgaben nach § 37 der Landeshaushaltsordnung dar. Sie können vom Ministerium der Finanzen zugelassen werden, wenn sie durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen an anderer Stelle gedeckt sind.
- (4) Die Ansätze des Titels 518 25 sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.
- (5) Vom BLB zurückgezahlte Beträge aus der Abrechnung von Betriebs- und Nebenkosten sind bei Titel 518 25 und bei Kapitel 12 020 bei Titel 518 61 abzusetzen.

## § 8

**Mehrausgaben, Komplementärmittel**

- (1) Der gemäß § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung festzulegende Betrag wird auf 7 500 000 Euro Landesmittel festgesetzt, für Verpflichtungsermächtigungen (§ 38 Absatz 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung) als Jahresbetrag. Überschreiten diese Mehrausgaben im Einzelfall den Betrag von 5 000 000 Euro Landesmittel, bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag, ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages einzuholen. Mehrausgaben (bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag) zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen, die einen Betrag von 15 000 000 Euro Landesmittel überschreiten, sind vor Einwilligung des Ministeriums der Finanzen dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages zur Unterrichtung vorzulegen, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. Überplanmäßige oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 38 Absatz 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung, bei denen Ausgabemittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden und ein Betrag von 15 000 000 Euro überschritten wird, bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.
- (2) Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es zudem nicht, wenn
  1. Komplementärmittel von der Europäischen Union oder vom Bund unvorhergesehen bereitgestellt werden, die eine zusätzliche anteilige Finanzierung durch das Land erforderlich machen, oder
  2. Umschichtungen innerhalb eines Fonds der Europäischen Union oder zwischen den Fonds, einschließlich der Kofinanzierung durch das Land, erforderlich sind.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 bedarf es der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, wenn die Umschichtungen im Einzelfall 5 000 000 Euro EU- und Landesmittel, bei Verpflichtungsermächtigungen als jährlich fällig werdender Betrag, überschreiten.

- (3) Veranschlagte Landesmittel und Verpflichtungsermächtigungen, die nicht mehr zur Kofinanzierung von Leistungen Dritter für die gemäß Haushaltsplan vorgesehenen Zwecke erforderlich sind, sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, die Vorfinanzierung von Maßnahmen, für die die Leistung von Dritten vorgesehen ist, zuzulassen.
- (4) Im Bereich der Fonds der Europäischen Union dürfen mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen Mehrausgaben bis zur Höhe der Minderausgaben aus Vorjahren geleistet werden, soweit die zugehörigen Erstattungsanträge an die EU-Kommission bis spätestens zum II. Quartal des Folgejahres gestellt werden oder die Mehrausgaben zur Kofinanzierung von Mitteln aus den Fonds dienen.

## § 9

**Sonderfinanzierungen**

- (1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen) für Bauinvestitionen dürfen Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Dieses Befugnis gilt auch bei Umsetzung von Bauinvestitionen im Rahmen von Öffentlich Privaten Partnerschaften, die auch die Betriebsphase umfassen (Lebenszyklusansatz). Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Sonderfinanzierungen zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.
- (2) Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsfinanzierungen dürfen abweichend von § 8 Absatz 1 bis zu der Höhe überschritten werden, in der sie für Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 benötigt werden.
- (3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen ist in jedem Einzelfall zu belegen.

## § 10

**Industrieansiedlungsverträge**

Soweit die veranschlagten Ausgaben bei voller Ausschöpfung der Deckungsfähigkeit und die Verpflichtungsermächtigungen nicht ausreichen, Industrieansiedlungsverträge mit finanziellen Verpflichtungen für das Land abzuschließen, ist das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten ermächtigt, über Industrieansiedlungsverträge zu verhandeln und - bei Zustimmung des Ministeriums der Finanzen und nach Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Benehmen mit dem Ausschuss für Wirtschaft des Landtages - zusätzliche Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen.

## § 11

**Besondere Regelungen für Zuwendungen**

- (1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, bis der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers von dem zuständigen Ministerium gebilligt worden ist.
- (2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besser stellt als vergleichbare Bedienstete des Landes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Bedienstete des Landes jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden. Das Ministerium der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.
- (3) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachte Planstellen für Beamte sowie Stellen für Arbeitnehmer sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen ausgebrachten Planstellen und Stellen verbindlich. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Ausnahmen von der Verbindlichkeit der Stellenpläne zuzulassen. Die Wertigkeit außertariflicher Stellen ist durch die Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppe zu kennzeichnen. Das Ministerium der Finanzen kann Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen zulassen. Sind im Wirtschaftsplan Stellen außerhalb der Anlagen B 2 und B 3 zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) ohne Angaben des Entgelts ausgebracht, bedarf die Festsetzung des Entgelts in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Ministeriums der Finanzen. Sonstige Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Ministeriums der Finanzen und setzen eine Tätigkeitsdarstellung voraus.

## § 12

**Personalwirtschaftliche Regelungen**

- (1) Zur Einhaltung des Stellenplans gemäß der gültigen Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg und des Personalbudgets sind die Ressorts verpflichtet, alle Möglichkeiten zur Einsparung von Planstellen, Stellen, Beschäftigungspositionen und Personalausgaben zu nutzen. Dazu können abweichend von § 50 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch Mittel oder Planstellen und Stellen umgesetzt werden, ohne dass Aufgaben von einer Verwaltung auf eine andere Verwaltung übergehen. Das Nähere regelt das Ministerium der Finanzen.
- (2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 422 für Stellen der Beamten auf Probe bis zur Anstellung und zu den Titeln der Gruppe 428 sind hinsichtlich der zulässigen Zahl der für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen ausgebrachten Stellen verbindlich. Die den Wirtschaftsplänen der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung beigefügten Stellenübersichten sind verbindlich. Das Ministerium der Finanzen kann Ausnahmen von der Verbindlichkeit der Stellenpläne für die Landesbetriebe zulassen.
- (3) Abweichend von § 49 der Landeshaushaltsordnung können auf Planstellen auch beamtete Hilfskräfte und Arbeitnehmer geführt werden.
- (4) Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fließen den entsprechenden Ansätzen für Personalausgaben zu. Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln - einschließlich den entsprechenden Titeln - in Titelgruppen zu:
1. Gruppe 428 aus Erstattungen der Förderleistungen der Bundesagentur für Arbeit in Bezug auf das Altersteilzeitgesetz,
  2. Gruppen 422, 428, 441, 443 und 446 aus Schadensersatzleistungen Dritter.
- (5) Planstellen und Stellen können für Zeiträume, in denen Stelleninhaber vorübergehend nicht oder nicht vollbeschäftigt sind, innerhalb des jeweiligen Einzelplans im Umfang der nicht in Anspruch genommenen Planstellen- oder Stellenanteile für die Beschäftigung von beamteten Hilfskräften und Kräften in zeitlich befristeten Arbeitsverträgen in Anspruch genommen werden.
- (6) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, Planstellen für Lehrkräfte zur Besetzung mit Beamten, für die die Einstufung nach Anlage 1 des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes nicht gilt, nach Maßgabe des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung zu heben.

## § 13

**Besondere Regelungen für Planstellen und Stellen**

- (1) Planstellen und Stellen, die einen kw-Vermerk tragen, können nach ihrem Freiwerden mit schwer behinderten Menschen wiederbesetzt werden, wenn die gesetzliche Pflichtquote gemäß § 71 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch bei den Planstellen und Stellen in der Landesverwaltung nicht erreicht wird. In diesem Fall ist der schwer behinderte Mensch auf der nächsten freiwerdenden Planstelle oder Stelle der betreffenden oder nächsthöheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe innerhalb des Einzelplans zu führen. Das Ministerium der Finanzen kann Ausnahmen zulassen.
- (2) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt zuzulassen, dass von einem kw-Vermerk mit Datumsangabe abgewichen wird, wenn die Planstelle oder Stelle weiter benötigt wird, weil sie nicht rechtzeitig frei wird; in diesem Fall ist der Stelleninhaber auf der nächsten freiwerdenden Planstelle oder Stelle der betreffenden oder nächsthöheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe innerhalb des Einzelplans zu führen.
- (3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Planstellen für Beamte, Richter und Stellen für Arbeitnehmer zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(4) Mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen können nach Änderungen im Besoldungs- oder Tarifrrecht Planstellen- und Stellenveränderungen vorgenommen werden. Stellenveränderungen sind mit Einwilligung des Ministeriums der Finanzen auch dann möglich, wenn tarifrechtliche Ansprüche bestehen.

(5) Arbeitnehmer, die vor der Überleitung aus dem BAT/BAT-O und dem MTArb/MTArb-O in den TV-L einen Bewährungs- oder Fallgruppenaufstieg gemäß den §§ 23a, 23b BAT/BAT-O beziehungsweise den vergleichbaren Bestimmungen für Arbeiter vollzogen haben oder bei denen nach den bisherigen tarifrechtlichen Bestimmungen ein Bewährungs- oder Fallgruppenaufstieg in der jeweiligen Fallgruppe vorgesehen war, sowie nach dem 1. November 2006 neu eingestellte oder neu eingruppierte Arbeitnehmer mit einem höherwertigen Tarifanspruch gemäß Anlage 4 TVÜ-Länder können bis zum Wirksamwerden neuer Eingruppierungsvorschriften für den TV-L oder bis zum Ausscheiden auf einer niedrigwertigeren TV-L-Stelle geführt werden, die der ursprünglichen Stelle in der Struktur des durch den TV-L ersetzten BAT/BAT-O und des MTArb/MTArb-O entspricht.

(6) Das Nähere regelt das Ministerium der Finanzen.

#### § 14

##### **Ausbringung zusätzlicher Leerstellen**

(1) Werden planmäßige Beamte, Richter und Arbeitnehmer im dienstlichen Interesse des Landes mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, einer Bundesbehörde oder einer kommunalen Gebietskörperschaft oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion oder einer Gruppe des Landtages, des Deutschen Bundestages oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstellen und Stellen neu zu besetzen, so kann das Ministerium der Finanzen dafür gleichwertige Leerstellen ausbringen. Das Gleiche gilt für eine Verwendung bei sonstigen landesunmittelbaren und -mittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie bei juristischen Personen des Privatrechts, soweit diese vom Land institutionell gefördert werden oder das Land mehrheitlich beteiligt ist.

(2) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn

1. Beamte nach § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Landesbeamtengesetzes länger als ein Jahr beurlaubt werden oder
2. Beamte aus dem Beamtenverhältnis entlassen sind und nach § 121 Absatz 6 des Landesbeamtengesetzes oder nach § 63 Absatz 5, § 64 Absatz 1, § 65 Absatz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes einen Anspruch auf Übernahme in das frühere Dienstverhältnis haben oder
3. Beamte aus sonstigen persönlichen Gründen länger als ein Jahr beurlaubt werden oder
4. die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis nach § 72 Satz 1 des Landesbeamtengesetzes ruhen.

(3) Für planmäßige Beamte außerhalb der Schulkapitel, die nach § 71 des Landesbeamtengesetzes länger als ein Jahr ohne Unterbrechung Elternzeit nehmen, gilt vom Beginn der Beurlaubung an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht. Satz 1 gilt auch für die Beurlaubung von Richtern aus familiären Gründen gemäß § 4 Absatz 1 Nummer 2 des Brandenburgischen Richtergesetzes.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend für Richter und Arbeitnehmer.

(5) Für planmäßige Beamte, Richter und Arbeitnehmer, die im Rahmen der Umsetzung der Altersteilzeitregelung am Blockmodell teilnehmen, gilt vom Beginn der Freistellungsphase an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungs- und Entgeltgruppe als ausgebracht. Zum Zeitpunkt des Übergangs in den Ruhestand fällt diese Leerstelle weg. Diese Beschäftigten sind bis zum Ausscheiden auf diesen Leerstellen zu führen.

(6) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 5 ausgebrachten Leerstellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.



## § 15

**Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente an Beamte**

- (1) Für die Vergabe von Leistungsstufen ist die Brandenburgische Leistungsstufenverordnung sowie für die Vergabe von Leistungsprämien und Leistungszulagen die Brandenburgische Leistungsprämien- und -zulagenverordnung anzuwenden.
- (2) Innerhalb eines Kapitels dürfen Zulagen für eine befristete Übertragung einer herausgehobenen Funktion nach § 45 des Bundesbesoldungsgesetzes für Beamte bis zur Höhe von 0,1 Prozent der Ausgaben der Titel 422 10 geleistet werden. In den Einzelplänen 02 bis 12 dürfen die Zulagen nur im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen gewährt werden. Das Ministerium der Finanzen kann hinsichtlich der Ausgabenhöhe in Satz 1 Ausnahmen zulassen.
- (3) Die für die Vergabe leistungsbezogener Besoldungselemente anfallenden Ausgaben sind aus Einsparungen bei anderen Titeln der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Einzelplan (ausgenommen Gruppen 432 und 453) oder durch Entnahmen aus der Rücklage Personalbudget zu decken.

## § 16

**Verbilligte Veräußerung und Nutzungsüberlassung von Grundstücken**

- (1) Grundstücke des Allgemeinen Grundvermögens dürfen gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung
1. bei der Nutzungsbindung von mindestens 15 Jahren für Einrichtungen des Sozial-, Kinder- und Jugendwesens in gemeinnütziger Trägerschaft um bis zu 25 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden;
  2. bebaut (mit besonderem Sanierungsaufwand) und unbebaut bei einer Belegungsbindung von mindestens 15 Jahren um bis zu 40 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass sie für Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung nach § 2 des Wohnraumförderungsgesetzes verwendet werden;
  3. bei einer Belegungsbindung von mindestens 15 Jahren um bis zu 50 Prozent unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass sie im Rahmen des vom Land geförderten Studentenwohnraumbaus zur Schaffung von Studentenwohnungen oder einer vergleichbaren Förderung verwendet werden. Unter den gleichen Voraussetzungen können bebaute und unbebaute Grundstücke an Studentenwerke unentgeltlich abgegeben werden;
  4. bei Sicherstellung der dauerhaften Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit im Falle von Seegrundstücken nebst Umgriff, die nicht dem Forstvermögen zuzuordnen sind und nicht dauerhaft für Landeszwecke benötigt werden, um bis zu 100 Prozent unter dem vollen Wert an kommunale Träger, Naturschutzeinrichtungen oder gemeinnützige Träger veräußert werden, wenn der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages in die Veräußerung einwilligt;
  5. im Wege der Bestellung eines Erbbaurechts vergeben werden, wobei der Erbbauzins je nach dem zu fördernden Zweck für die Dauer der Nutzungs- und Belegungsbindung abgesenkt werden darf, und zwar
    - a) für die gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf 0 Prozent, wobei der Erbbauzins nach Ablauf von jeweils zehn Jahren um jeweils 1 Prozent erhöht werden kann,
    - b) in den Fällen der Nummer 1 auf 2 Prozent,
    - c) in den Fällen der Nummer 2 auf 3 Prozent und
    - d) in den Fällen von Nummer 3 Satz 2 auf 0 Prozent für die ersten zehn Jahre, 1 Prozent für die folgenden zehn Jahre und so fortlaufend bis zu 3 Prozent nach 30 Jahren ausgehend vom Bodenwert. In den Fällen von Nummer 3 Satz 1 auf 3 Prozent vom Bodenwert;
  6. vom Land institutionell geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen gegen Übernahme der Betriebs- und zumutbaren Bauunterhaltungskosten unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

(2) Für die nach dem Gesetz über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen in der Titelgruppe 65 „WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV“ im Kapitel 20 630 ausgewiesene Vermögensmasse gilt über die Regelung des Absatzes 1 hinaus, dass bebaute und unbebaute Grundstücke um bis zu 25 Prozent unter dem vollen Wert veräußert oder im Erbbaurecht vergeben werden dürfen, die für unmittelbare Verwaltungszwecke vom Land sowie für kommunale Infrastrukturmaßnahmen von den Kreisen und den Gemeinden dauerhaft genutzt werden können.

(3) Über die Verbilligungen gemäß Absatz 1 hinaus wird gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke an Gebietskörperschaften für die im Bundeshaushalt aufgeführten Zwecke bis zu dem Prozentsatz unter dem vollen Wert veräußert, im Wege der Erbbaurechtsbestellung zur Verfügung gestellt, vermietet, verpachtet oder zur Nutzung überlassen werden, zu dem der Bund dem Land Verbilligungen bei der Veräußerung, Zurverfügungstellung im Wege des Erbbaurechts, Vermietung, Verpachtung oder Nutzungsüberlassung von bundeseigenen Grundstücken für gleiche Zwecke einräumt. Vom Gegenseitigkeitserfordernis nach Satz 1 sind die Liegenschaften, die in der Titelgruppe 65 „WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV“ im Kapitel 20 630 ausgewiesen sind, ausgenommen.

(4) Gemäß § 61 Absatz 1 Satz 1, § 63 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird die vorübergehende oder dauernde Abgabe von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens an das Verwaltungsgrundvermögen ohne Werterstattung zugelassen; dies gilt nicht für Grundstücke, die zur in der Titelgruppe 65 „WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV“ im Kapitel 20 630 ausgewiesenen Vermögensmasse gehören.

#### § 17

##### **Besondere Regelungen für geheim zu haltende Ausgaben**

(1) Aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes wird die Bewilligung von Ausgaben, die nach einem geheim zu haltenden Wirtschaftsplan bewirtschaftet werden sollen, von der Billigung des Wirtschaftsplans durch die Parlamentarische Kontrollkommission nach § 23 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes abhängig gemacht. Die Mitglieder dieser Kontrollkommission sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei dieser Tätigkeit bekannt geworden sind.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident des Landesrechnungshofes prüft in den Fällen des Absatzes 1 nach § 9 des Landesrechnungshofgesetzes und unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission sowie die zuständige oberste Landesbehörde und das Ministerium der Finanzen über das Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung. § 97 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

#### § 18

##### **Berichtspflichten gegenüber dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages**

(1) Das Ministerium der Finanzen berichtet dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages

1. mit Stand 30. Juni 2013 und 30. Juni 2014 im Rahmen eines Berichtes über wesentliche Kenngrößen der bereinigten Gesamteinnahmen und -ausgaben des Landes sowie über den aktuellen Mittelabfluss aus dem Landeshaushalt. In diesem Bericht sollen auch Angaben zur Entwicklung der Einnahmearten und der Ausgabearten insbesondere zur Umsetzung der EU-Fonds und zum Stand der Verschuldung sowie Prognosedaten der weiteren Entwicklung bis zum Jahresende enthalten sein;
2. über die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 im Rahmen eines Berichtes wie in Nummer 1 allerdings ohne Prognoseaussage;
3. mit Stand 31. Dezember 2013 für das Haushaltsjahr 2013 und mit Stand 31. Dezember 2014 für das Haushaltsjahr 2014 über die Gewährung und Inanspruchnahme von Bürgschaften, Rückbürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen durch das Land gemäß den §§ 3 und 4;
4. mit Stand 31. Dezember 2013 und mit Stand 31. Dezember 2014 über die nach § 2 Absatz 4 abgeschlossenen Optimierungsgeschäfte. Der Bericht enthält eine Risikobewertung und eine Darstellung der anfallenden Kosten für das Land;
5. mit Stand 31. Dezember 2013 im Rahmen eines Berichtes über die Beteiligungen des Landes.

- (2) Die Ministerien berichten dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages
1. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Bewilligungen bei sämtlichen Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 mit einem Ansatz ab 1 000 000 Euro und den aktuellen Mittelabfluss,
  2. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen,
  3. zu den in Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Stichtagen im Rahmen eines Berichtes über die Inanspruchnahme von Ausgaberesten bei sämtlichen Titeln der Hauptgruppen 6 und 8 mit einem Ansatz ab 1 000 000 Euro,
  4. mit Stand 31. Mai 2013 und mit Stand 31. Mai 2014 im Rahmen eines Berichtes über die Besetzung der Planstellen und Stellen.
- (3) Die Ministerien berichten dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages
1. mit Stand 30. Juni 2013 und mit Stand 30. Juni 2014 im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Entgeltzahlungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Geschäftsbesorgung für die Bewilligung, Gewährung von Zuwendungen und zur Verwendungsnachweisprüfung,
  2. mit Stand 31. Dezember 2013 und mit Stand 31. Dezember 2014 im Rahmen eines Berichtes wie in Nummer 1.
- (4) Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten berichtet dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages
1. zum 30. Juni 2013 und zum 30. Juni 2014 im Rahmen eines Berichtes über den Stand der Bewilligung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Der Bericht erfolgt in Form einer Übersicht der bewilligten Einzelförderungen mit einem Förderbetrag von mehr als 1 000 000 Euro. In der Übersicht sind die der Bewilligung zugrunde gelegten Kriterien und der Fördersatz anzugeben;
  2. zum 30. September 2013 und zum 30. September 2014 im Rahmen eines Berichtes wie in Nummer 1;
  3. zum 31. Dezember 2013 und zum 31. Dezember 2014 im Rahmen eines Berichtes wie in Nummer 1.

#### § 19

#### **Weitergeltung von Vorschriften und Ermächtigungen**

Die Vorschriften und Ermächtigungen in den §§ 3, 4, 5, 6, 8 Absatz 1 und 2, §§ 11 bis 15 und 17 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2015 weiter.

#### § 20

#### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Potsdam, den 18. Dezember 2012

Der Präsident  
des Landtages Brandenburg

Gunter Fritsch

**Anlage**

**Anlage Haushaltsplan des Landes Brandenburg  
für die Haushaltsjahre 2013 und 2014**

**Gesamtplan**

- I. Haushaltsübersicht (§ 13 Absatz 4 Nummer 1 LHO)
- A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben je Einzelplan
- B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen je Einzelplan
- II. Finanzierungsübersicht (§ 13 Absatz 4 Nummer 2 LHO)
- III. Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Absatz 4 Nummer 3 LHO)

**Teil I Haushaltsübersicht 2013**

## A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>
01 / LT		24.500	128.500	135.000	288.000	23.291.600
02 / Stk		13.600	123.700		137.300	11.815.300
03 / MI		51.139.000	13.051.300		64.190.300	434.814.500
04 / MdJ		103.206.300	27.667.200	212.700	131.086.200	248.350.600
05 / MBS		2.620.000	23.104.400	8.981.300	34.705.700	996.687.000
06 / MWFK		7.996.300	128.800.700	71.117.200	207.914.200	33.976.200
07 / MASF		15.349.800	118.551.000	22.683.600	156.584.400	47.756.800
08 / MWE		12.472.700	1.786.100	295.114.400	309.373.200	24.439.900
10 / MUGV	10.000.000	26.793.600	3.135.100	55.364.500	95.293.200	80.159.400
11 / MIL	1.060.000	12.423.700	531.173.300	318.363.900	863.020.900	64.159.500
12 / MdF		21.226.800	19.263.200	3.071.700	43.561.700	183.524.700
13 / LRH		17.000		1.000.000	1.017.000	10.315.300
14 / LVG						457.500
20 / AFV	5.981.800.000	95.553.300	2.212.619.900	461.209.400	8.751.182.600	189.989.200
<b>Summe 2013</b>	<b>5.992.860.000</b>	<b>348.836.600</b>	<b>3.079.404.400</b>	<b>1.237.253.700</b>	<b>10.658.354.700</b>	<b>2.349.737.500</b>
<b>Summe 2012</b>	<b>5.689.560.000</b>	<b>364.285.000</b>	<b>3.040.542.600</b>	<b>1.097.176.100</b>	<b>10.191.563.700</b>	<b>2.267.520.400</b>
Vgl. zu 2012	+303.300.000	-15.448.400	+38.861.800	+140.077.600	+466.791.000	+82.217.100

**Teil I Haushaltsübersicht 2013**

## A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort	Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
	5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnah- men	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	8	9	10	11	12	13	14
<b>01 / LT</b>	4.612.700	7.010.500		3.809.900	206.300	38.931.000	-38.643.000
<b>02 / Stk</b>	3.153.700	211.800		119.000	46.900	15.346.700	-15.209.400
<b>03 / MI</b>	165.490.800	9.109.400	9.471.200	19.042.600	6.063.000	643.991.500	-579.801.200
<b>04 / MdJ</b>	157.181.400	29.729.800	418.500	4.645.200	3.163.700	443.489.200	-312.403.000
<b>05 / MBJS</b>	13.696.400	455.297.100		12.424.000	23.129.100	1.501.233.600	-1.466.527.900
<b>06 / MWFK</b>	9.526.700	598.988.100		90.501.800	5.274.400	738.267.200	-530.353.000
<b>07 / MASF</b>	11.467.500	604.981.100		3.635.000	20.428.900	688.269.300	-531.684.900
<b>08 / MWE</b>	17.152.500	117.110.200	1.300.000	320.280.200	290.400	480.573.200	-171.200.000
<b>10 / MUGV</b>	45.974.800	77.861.700	15.035.500	158.785.300	-15.269.800	362.546.900	-267.253.700
<b>11 / MIL</b>	45.483.300	775.977.600	41.912.000	414.600.000	-14.643.500	1.327.488.900	-464.468.000
<b>12 / MdF</b>	48.056.500	25.866.700		108.554.500	1.596.400	367.598.800	-324.037.100
<b>13 / LRH</b>	1.264.000	2.000		518.900	19.500	12.119.700	-11.102.700
<b>14 / LVG</b>	214.900					672.400	-672.400
<b>20 / AFV</b>	696.494.100	2.568.328.100	2.000.000	564.038.000	16.976.900	4.037.826.300	+4.713.356.300
<b>Summe 2013</b>	<b>1.219.769.300</b>	<b>5.270.474.100</b>	<b>70.137.200</b>	<b>1.700.954.400</b>	<b>47.282.200</b>	<b>10.658.354.700</b>	<b>0</b>
<b>Summe 2012</b>	<b>1.198.135.800</b>	<b>5.218.782.300</b>	<b>106.201.100</b>	<b>1.384.476.200</b>	<b>16.447.900</b>	<b>10.191.563.700</b>	<b>0</b>
Vgl. zu 2012	+21.633.500	+51.691.800	-36.063.900	+316.478.200	+30.834.300	+466.791.000	0

**Teil I Haushaltsübersicht 2014**

## A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>7</b>
01 / LT		24.500	128.500	600.000	753.000	25.154.600
02 / Stk		13.600	87.700		101.300	11.886.900
03 / MI		51.259.000	7.758.600		59.017.600	434.465.800
04 / MdJ		103.193.500	27.231.500	212.700	130.637.700	246.517.200
05 / MBJS		2.500.500	22.856.700		25.357.200	985.087.500
06 / MWFK		7.996.300	131.648.000	70.393.700	210.038.000	35.017.800
07 / MASF		15.262.900	150.724.000	20.042.600	186.029.500	46.800.800
08 / MWE		12.165.700	1.602.200	285.448.100	299.216.000	24.776.700
10 / MUGV	10.000.000	26.727.300	2.140.500	55.364.500	94.232.300	79.546.100
11 / MIL	1.060.000	14.536.200	490.546.900	212.432.800	718.575.900	63.966.800
12 / MdF		21.248.000	17.643.200	1.225.700	40.116.900	182.687.200
13 / LRH		8.000		500.000	508.000	10.578.300
14 / LVG				20.100	20.100	492.300
20 / AFV	6.197.700.000	84.789.700	2.118.676.900	59.867.900	8.461.034.500	248.361.700
<b>Summe 2014</b>	<b>6.208.760.000</b>	<b>339.725.200</b>	<b>2.971.044.700</b>	<b>706.108.100</b>	<b>10.225.638.000</b>	<b>2.395.339.700</b>
<b>Summe 2013</b>	<b>5.992.860.000</b>	<b>348.836.600</b>	<b>3.079.404.400</b>	<b>1.237.253.700</b>	<b>10.658.354.700</b>	<b>2.349.737.500</b>
Vgl. zu 2013	+215.900.000	-9.111.400	-108.359.700	-531.145.600	-432.716.700	+45.602.200

**Teil I Haushaltsübersicht 2014**

## A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan / Ressort	Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
	5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnah- men	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	8	9	10	11	12	13	14
<b>01 / LT</b>	4.742.500	6.836.500		1.045.000	206.300	37.984.900	-37.231.900
<b>02 / Stk</b>	3.470.600	451.800		35.300	46.900	15.891.500	-15.790.200
<b>03 / MI</b>	157.145.700	11.882.200	171.700	5.821.500	8.040.500	617.527.400	-558.509.800
<b>04 / MdJ</b>	156.416.900	29.954.800	203.400	4.582.900	4.301.800	441.977.000	-311.339.300
<b>05 / MBS</b>	14.047.700	458.071.000		2.142.700	29.866.700	1.489.215.600	-1.463.858.400
<b>06 / MWFK</b>	12.305.700	602.842.100		91.736.400	6.284.600	748.186.600	-538.148.600
<b>07 / MASF</b>	11.496.300	608.400.200		3.663.000	17.830.700	688.191.000	-502.161.500
<b>08 / MWE</b>	15.758.600	132.366.900	1.000.000	276.392.800	290.400	450.585.400	-151.369.400
<b>10 / MUGV</b>	44.879.500	76.055.700	13.211.800	153.401.600	-14.722.200	352.372.500	-258.140.200
<b>11 / MIL</b>	45.121.000	706.847.700	14.635.200	325.421.600	-15.563.600	1.140.428.700	-421.852.800
<b>12 / MdF</b>	46.122.200	25.056.400		88.431.500	2.252.800	344.550.100	-304.433.200
<b>13 / LRH</b>	877.900	2.000		198.100	19.500	11.675.800	-11.167.800
<b>14 / LVG</b>	224.400					716.700	-696.600
<b>20 / AFV</b>	728.809.000	2.579.068.100	2.000.000	318.604.000	9.492.000	3.886.334.800	+4.574.699.700
<b>Summe 2014</b>	<b>1.241.418.000</b>	<b>5.237.835.400</b>	<b>31.222.100</b>	<b>1.271.476.400</b>	<b>48.346.400</b>	<b>10.225.638.000</b>	<b>0</b>
<b>Summe 2013</b>	<b>1.219.769.300</b>	<b>5.270.474.100</b>	<b>70.137.200</b>	<b>1.700.954.400</b>	<b>47.282.200</b>	<b>10.658.354.700</b>	<b>0</b>
Vgl. zu 2013	+21.648.700	-32.638.700	-38.915.100	-429.478.000	+1.064.200	-432.716.700	0



**Teil I Haushaltsübersicht 2013****B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme**

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2013	2014	2015	2016	2017 ff.
			1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7	
01	Landtag						
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	350,0	350,0				
03	Ministerium des Innern	130,0	70,0	60,0			
04	Ministerium der Justiz	803,6	401,8	401,8			
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	9.615,0	3.455,0	5.620,0	520,0	20,0	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	24.389,2	19.539,2	650,0	1.900,0	2.300,0	
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	60.250,5	50.682,5	8.083,0	1.485,0		
08	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	212.306,4	76.142,9	68.905,2	67.258,3		
10	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	68.664,5	41.511,6	16.612,9	8.040,0	2.500,0	
11	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	1.370.553,5	323.603,1	181.463,0	30.044,2	835.443,2	
12	Ministerium der Finanzen	96.263,0	44.680,0	33.813,0	17.770,0		
13	Landesrechnungshof						
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg						
20	Allgemeine Finanzverwaltung	143.450,0	129.650,0	11.800,0	2.000,0		
	<b>Zusammen</b>	<b>1.986.775,7</b>	<b>690.086,1</b>	<b>327.408,9</b>	<b>129.017,5</b>	<b>840.263,2</b>	

**Teil I Haushaltsübersicht 2014**

## B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2013	2014	2015	2016	2017 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Landtag					
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	350,0	300,0	300,0		
03	Ministerium des Innern	130,0	130,0	70,0	60,0	
04	Ministerium der Justiz	803,6	900,0	600,0	300,0	
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	9.615,0	9.495,0	3.455,0	5.520,0	520,0
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	24.389,2	19.089,2	17.989,2	400,0	700,0
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	60.250,5	37.433,7	29.035,7	5.803,0	2.595,0
08	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	212.306,4	391.663,4	110.024,6	164.072,5	117.566,3
10	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	68.664,5	83.241,5	47.488,6	21.752,9	14.000,0
11	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	1.370.553,5	750.912,0	185.124,8	66.082,0	499.705,2
12	Ministerium der Finanzen	96.263,0	22.163,0	10.850,0	11.313,0	
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	143.450,0	31.600,0	17.800,0	11.800,0	2.000,0
	<b>Zusammen</b>	<b>1.986.775,7</b>	<b>1.346.927,8</b>	<b>422.737,9</b>	<b>287.103,4</b>	<b>637.086,5</b>

**Teil II Finanzierungsübersicht 2013**

	<b>Insgesamt 2013 (Mio EUR)</b>
<b>I. HAUSHALTSVOLUMEN</b>	<b>10.658,4</b>
<b>II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
<b>1. Ausgaben</b>	<b>10.580,6</b>
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)	
<b>2. Einnahmen</b>	<b>10.160,9</b>
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnischen Verrechnungen)	
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-419,7</b>
<b>III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
<b>4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	<b>330,0</b>
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	4.819,9
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-4.489,9
4.21 planmäßige Tilgungen	-3.289,9
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-500,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-700,0
<b>5. Rücklagenbewegung</b>	<b>89,7</b>
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	166,3
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-76,6
<b>6. Abwicklung der Vorjahre</b>	<b>0,0</b>
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,0
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--
<b>7. Haushaltstechnische Verrechnungen</b>	<b>0,0</b>
7.1 Ausgaben	-1,1
7.2 Einnahmen	1,1
<b>Zusammen</b>	<b>419,7</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

**Teil II Finanzierungsübersicht 2014**

	<b>Insgesamt 2014 (Mio EUR)</b>
<b>I. HAUSHALTSVOLUMEN</b>	<b>10.225,6</b>
<b>II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
<b>1. Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)	<b>10.146,5</b>
<b>2. Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnischen Verrechnungen)	<b>10.133,5</b>
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-13,0</b>
<b>III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>	
<b>4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	<b>0,0</b>
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	4.414,8
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-4.414,8
4.21 planmäßige Tilgungen	-2.214,8
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-1.000,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-1.200,0
<b>5. Rücklagenbewegung</b>	<b>13,0</b>
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	91,1
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-78,1
<b>6. Abwicklung der Vorjahre</b>	<b>0,0</b>
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,0
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--
<b>7. Haushaltstechnische Verrechnungen</b>	<b>0,0</b>
7.1 Ausgaben	-1,0
7.2 Einnahmen	1,0
<b>Zusammen</b>	<b>13,0</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

**Teil III Kreditfinanzierungsplan 2013**

	<b>Insgesamt 2013 (Mio EUR)</b>
<b>I. EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 4.819,9
Zusammen	4.819,9
<b>II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 4.489,9
Zusammen	4.489,9
<b>III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 330,0
Zusammen	330,0

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

**Teil III Kreditfinanzierungsplan 2014**

	<b>Insgesamt 2014 (Mio EUR)</b>
<b>I. EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 4.414,8
Zusammen	4.414,8
<b>II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 4.414,8
Zusammen	4.414,8
<b>III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 0,0
Zusammen	0,0

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.